

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [iMONITRAF! Networking-Event in der Gemeinsamen Vertretung](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [Perspektiven und Herausforderungen für den Bienenzuchtsektor](#) 3
- [Petition zu AKW-Haftpflichtversicherung](#) 3
- [Zustimmung zu neuen Kfz-Zulassungsregeln](#) 4

Rat der Europäischen Union

- [Hauptergebnisse des Rates Wirtschaft und Finanzen](#) 5
- [Treffen der Euro-Gruppe in Brüssel](#) 5
- [Nahost-Friedensprozess im Mittelpunkt der Außenministertagung](#) 6
- [EU-BotschafterInnen billigen vorläufige Einigung bzgl. Lastenteilungsverordnung](#) 6

Europäische Kommission

- [Verhandlungsstand der Handelsgespräche EU-Mercosur](#) 7
- [EU-Handelsregelungen fördern wirtschaftliche Entwicklung und Menschenrechte](#) 7
- [Neue Maßnahmen zur Förderung von Schlüssel- und Digitalkompetenzen](#) 8

Sonstiges

- [Österreich klagt gegen Ausbau des ungarischen AKW Paks](#) 9

Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 10

[Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen](#) 11

[Tagesordnungen der Institutionen](#) 12

[Impressum und Abbildungsverzeichnis](#) 12

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

iMONITRAF! Networking-Event in der Gemeinsamen Vertretung

Unter dem Titel „Smart freight pricing for sensitive areas – a proposal from Alpine regions“ fand am 23. Jänner in der Gemeinsamen Vertretung der Europaregion in Brüssel eine Podiumsdiskussion zum alpenquerenden Schwerverkehr statt. Auf dem hochkarätig besetzten Panel befand sich u.a. Landeshauptmann-Stellvertreterin Ingrid Felipe.



Die Erhebung von Straßenbenutzungsgebühren für LKW ist in der EU unterschiedlich geregelt. In einigen Mitgliedstaaten werden Gebühren entfernungsabhängig bzw. fahrleistungsabhängig (d.h. Maut) oder zeitabhängig pauschal für eine bestimmte Nutzungsdauer erhoben (d.h. Vignette). Um diesen Differenzen entgegenzuwirken, hat die EU 1999 die sog. Wegekosten-Richtlinie erlassen und bereits zweimal geändert (siehe [konsolidierte Version](#)). Aufgrund weiterhin bestehender Mobilitätshemmnisse hat die Kommission im Mai des Vorjahres weitere [Änderungen](#) (inkl. [Anhang](#)) vorgeschlagen.

Vor diesem Hintergrund wurde die Veranstaltung „Smart freight pricing for sensitive areas – a proposal from Alpine regions“ in der Gemeinsamen Vertretung der Europaregion ausgetragen. Nach einer technischen Einführung durch Helen Lückge, Senior Associate am Ecologic Institut, diskutierten die TeilnehmerInnen lebhaft über die Toll-Plus Reformvorschläge. Dabei wurde betont, dass die Alpenregionen die Kernelemente des Vorschlags der Kommission



zur Überarbeitung der EurovignettenRL ausdrücklich begrüßen (vgl. [Feedback](#)). In ihrer derzeitigen Vorsitz-Funktion des Netzwerks [iMONITRAF!](#) wiederholte [LH-Stvin Felipe](#) zudem, dass es Ziel sei, die Gebührensysteme entlang der wichtigsten Transitkorridore der Alpen weiter zu vereinheitlichen.

Neben LH-Stvin Felipe nahmen auch der Südtiroler Verkehrslandesrat Florian Mussner und drei EU-ParlamentarierInnen (Karoline Graswander-Hainz, Herbert Dorfmann, Michael Cramer) am Roundtable zum alpenquerenden Schwerverkehr teil. Als Vertreter der Europäischen Kommission saß Peter Szatmari von der Generaldirektion Verkehr am Panel. Komplettiert wurde die Expertengruppe durch Richard Seeber, der die Veranstaltung moderierte.

„Smart Freight Pricing“ wurde in Zusammenarbeit mit dem Land Tirol als Lead-Partner des Netzwerks iMONITRAF und der Gemeinsamen Vertretung der Europaregion organisiert. Die Veranstaltung ist im Zusammenhang mit der am 15. Jänner beschlossenen [Euregio-Strategie für die Verkehrspolitik](#) zu sehen.



Europäisches Parlament

Perspektiven und Herausforderungen für den Bienenzuchtsektor

Am 23. Jänner stimmte der Landwirtschaftsausschuss über den [Initiativbericht betreffend Perspektiven und Herausforderungen für den Bienenzuchtsektor in der EU](#) ab. Darin fordern die MEPs eine Erhöhung von 50% der Mittel und eine bessere Unterstützung der EU-ImkerInnen.

Im Bericht wird hervorgehoben, dass Bienen eine grundlegende wirtschaftliche Leistung erbringen, ohne welche die europäische Landwirtschaft und insbesondere landwirtschaftliche Kulturen in keiner wie auch immer gearteten Form bestehen würden.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Zahl der Bienenvölker in einigen Mitgliedstaaten um mehr als die Hälfte zurückgegangen ist, betonen die Abgeordneten, dass die EU das Budget für nationale Imkereiprogramme um

50 % erhöhen und ein neues Unterstützungssystem für die EU-Agrarpolitik nach 2020 einführen sollte.

Im Übrigen wird gefordert, die Bienengesundheit besser zu schützen, das Vorgehen gegen Honigfälschungen zu intensivieren, sowie einen EU-Aktionsplan zur Bekämpfung des Bienensterbens auszuarbeiten.

[Mehr Informationen](#)

Petition zu AKW-Haftpflichtversicherung

Am 22. Jänner wurde im Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments eine europaweit einheitliche Haftpflichtversicherung für Unfälle in Atomkraftwerken behandelt. Die Petition Nr. 1845/2013 wurde im Namen der Initiative „[atomstopp oberoesterreich](#)“ eingereicht und von rund 15.000 Personen unterzeichnet.

Die Petenten vertreten die Auffassung, dass Atomkraftwerke stark unterversichert sind. Dies sei auf internationale Übereinkommen zur Atomhaftung, welche die einzelnen Mitgliedstaaten anwenden, zurückzuführen. In diesen Übereinkommen sei vorgesehen, dass - falls die Versicherung bei einem Nuklearunfall unzureichend ist und das Versicherungsunternehmen zahlungsunfähig wird – alle zusätzlichen Kosten von der Öffentlichkeit getragen werden.

Vor diesem Hintergrund wurde gefordert, dass das Europäische Parlament die Kommission ersucht, einen Vorschlag für eine

Verordnung über eine obligatorische Haftpflichtversicherung zu erarbeiten. Dieser Betrag sollte einheitlich in allen Mitgliedstaaten gelten und sämtliche Risiken im Zusammenhang mit Nuklearunfällen aber auch den regulären täglichen Betrieb (Transport von Nuklearabfällen, vorläufige Lagerung und das Risiko minimaler Aussetzung) abdecken.

[Mehr Informationen](#)



Zustimmung zu neuen Kfz-Zulassungsregeln

Am 23. Jänner stimmte der EP-Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz dem Kommissionsvorschlag für eine Verordnung über neue Regeln für die Typgenehmigung und Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen zu.

Nachdem sich herausgestellt hatte, dass ein deutscher Hersteller (VW) mehrere Jahre lang das Emissionsverhalten seiner Fahrzeuge mithilfe von Software manipuliert hat, wurden verschärfte Regeln gefordert. Die neuen Vorschriften sind vor dem Hintergrund dieses Abgasskandals in die Wege geleitet worden.

Durch die vorgeschlagene VO wird ein strengeres Prüfungssystem eingeführt, das unter der Kontrolle der Kommission steht. Die

Kommission wird auch dazu verpflichtet, Prüfungen an Fahrzeugen zu organisieren bzw. durchzuführen.

Als nächsten Schritt wird das EP-Plenum im April 2018 über die VO abstimmen. Die Regelung soll am 1. September 2020 in Kraft treten.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Hauptergebnisse des Rates Wirtschaft und Finanzen

Am 23. Jänner kamen die die Wirtschafts- und FinanzministerInnen zum Rat "Wirtschaft und Finanzen" zusammen. Sie haben dabei u.a. über die EU-Liste nicht kooperativer Steuergebiete beraten und Teile des [Europäischen Semesters](#) angenommen.

Im [Dezember 2017](#) hatten die FinanzministerInnen erstmals eine EU-Liste der nicht kooperativen Steuergebiete festgelegt. Da seitdem einige Länder bzw. Gebiete neue Verpflichtungsschreiben übermittelt haben, wurde entschieden, acht Länder von der Schwarzen Liste zu streichen (siehe aktualisierte [EU-Liste](#)).

Im ECOFIN Rat wurden des Weiteren Elemente der wirtschaftspolitischen Koordinierung besprochen. Die MinisterInnen

einigten sich auf (i) die Empfehlung des Rates zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets ([in Englisch](#)), (ii) die Schlussfolgerungen des Rates zum Bericht über den Warnmechanismus 2018 ([in Englisch](#)) und die (iii) Schlussfolgerungen des Rates zu den makroökonomischen und steuerlichen Leitlinien für die Mitgliedstaaten ([in Englisch](#)).

[Mehr Informationen](#)

Treffen der Euro-Gruppe in Brüssel

Am 22. Jänner erzielte die Euro-Gruppe eine politische Einigung bei der dritten Überprüfung des Griechenland-Programms. Für Österreich nahm erstmals der neue Finanzminister Hartwig Löger teil.

Der Schwerpunkt der dritten Überprüfung des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms für Griechenland lag auf der Erfüllung der verbleibenden Vorbedingungen. Nach Ansicht der EU-FinanzministerInnen haben die griechischen Behörden dabei fast alle Reformen, die verlangt worden waren, durchgeführt. Sobald die restlichen Bedingungen erfüllt sind, werden die Arbeitsgruppe "Euro-Gruppe" und die Leitungsgremien des Europäischen

Stabilitätsmechanismus die Auszahlung der nächsten Tranche einleiten.

In diesem Zusammenhang wurde auch Hans Vijlbrief für eine Amtszeit von zwei Jahren zum neuen Vorsitzenden der Arbeitsgruppe "Euro-Gruppe" ernannt. Vijlbrief folgt dem Österreicher Thomas Wieser nach, der seit Jänner 2012 der Arbeitsgruppe vorsaß.

[Mehr Informationen](#)



Nahost-Friedensprozess im Mittelpunkt der Außenministertagung

Die EU-AußenministerInnen befassten sich am 22. Jänner mit dem Nahost-Friedensprozess. Dabei fand auch ein informelles Treffen mit dem Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde Mahmoud Abbas statt.

Der Rat, bestehend u.a. aus Außenministerin Karin Kneissl, diskutierte die neuesten Entwicklungen im Nahost-Konflikt. Dabei wurden Wege angesprochen, wie die EU das nötige Maß an Engagement aller beteiligten Akteure sicherstellen kann, um den Friedensprozess voranzubringen. Der Rat hielt an der Zwei-Staatenlösung fest und sprach sich für Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten aus.

Auf der Agenda der AußenministerInnen-tagung standen des Weiteren die Ausweitung der Sanktionen gegen Nordkorea und die Modernisierung des Abkommens zwischen der EU und Chile.

[Mehr Informationen](#)

EU-BotschafterInnen billigen vorläufige Einigung bzgl. Lastenteilungsverordnung

Am 17. Jänner haben die EU-BotschafterInnen die im Dezember 2017 erzielte vorläufige Einigung über die Lastenteilungsverordnung gebilligt (siehe [allgemeine Ausrichtung](#)). In dem Entwurf werden für den Zeitraum 2021-2030 verbindliche Ziele zur Reduzierung des Emissionsausstoßes in Sektoren festgelegt, die nicht unter das EU-Emissionshandelssystem (EHS) fallen.

Diese Einigung bringt die EU der Erfüllung ihrer aus dem Pariser Klimaschutzübereinkommen resultierenden Verpflichtung (Reduzierung der Treibhausgasemissionen um mind. 40 % bis zum Jahr 2030 gegenüber 1990) einen Schritt näher.

Konkret soll gewährleistet werden, dass Emissionen der nicht vom EHS erfassten Lastenteilungssektoren (u.a. Gebäude, Landwirtschaft, Abfallwirtschaft und Boden-

verkehr) bis 2030 gegenüber dem Niveau von 2005 um 30 % reduziert werden.

Der gebilligte Wortlaut wird nunmehr dem Europäischen Parlament zur abschließenden Zustimmung übermittelt.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Verhandlungsstand der Handelsgespräche EU-Mercosur

Am 22. Jänner hat die Kommission einen Bericht ([in Englisch](#)) über die kürzlich abgeschlossene Verhandlungsrunde der Handelsgespräche mit dem südamerikanischen Staatenbund Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) veröffentlicht (siehe [Textvorschläge in Englisch](#)).

Der Bericht zeigt positive Ergebnisse in allen zu verhandelnden Kapiteln auf. Demnach gibt es Fortschritte beim Marktzugang für Industriegüter, beim Abbau von technischen Handelshemmnissen, bei den Gesundheits- und Pflanzenschutzregeln, bei Dienstleistungen sowie bei Herkunftsangaben. In Bezug auf nachhaltige Entwicklung findet sich ein ausdrücklicher Verweis auf das Pariser Klimaabkommen.

Zur Finalisierung der Verhandlungen ist ein Ministertreffen über die noch offenen Punkte am 30. Jänner in Brüssel angesetzt.

Mit der regelmäßigen Veröffentlichung der Berichte und Textvorschläge löst die Kommission ihre Zusage zu mehr Transparenz bei Verhandlungen von Handelsabkommen ein.

[Mehr Informationen](#)

EU-Handelsregelungen fördern wirtschaftliche Entwicklung und Menschenrechte

Gemäß einem am 19. Jänner veröffentlichten Bericht der Kommission zum Allgemeinen Präferenzsystem (APS) im Zeitraum 2016-2017 ([in Englisch](#)) haben sich Zollnachlässe sehr positiv auf die Wirtschaft betroffener Entwicklungsländer ausgewirkt. Auch sei zur Einhaltung von Menschen- und Arbeitnehmerrechte beigetragen, sowie eine verantwortungsvolle Regierungsführung gefördert worden.

Das APS ist das wichtigste Handelsinstrument der EU zur Unterstützung von Entwicklungsländern. Im Jahr 2014 wurde es reformiert. Seitdem stiegen die Ausfuhren aus von diesen Zollsenkungen begünstigten Ländern in die EU um fast ein Viertel auf jährlich 63 Mrd. Euro. Die am wenigsten entwickelten Länder profitierten am meisten (+ 40 % und damit über 23 Mrd. Euro im 2016).

Über wirtschaftliche Vorteile hinaus werden im Bericht Fortschritte in Bereichen wie Teilhabe von Frauen, Kinder- und Zwangsarbeit, Folter, illegaler Drogenhandel und Klimawandel hervorgehoben. Dazu gehören u.a. neue Rechtsvorschriften Pakistans gegen Ehrenmorde und Vergewaltigung sowie die Aufnahme Paraguays in das Verzeichnis der Länder mit dem stärksten Engagement für den Schutz gefährdeter Arten.

[Mehr Informationen](#)



Neue Maßnahmen zur Förderung von Schlüssel- und Digitalkompetenzen

Am 17. Jänner 2018 hat die Kommission neue Initiativen zur Verbesserung der Schlüssel- und Digitalkompetenzen beschlossen. Zudem soll SchülerInnen die Arbeitsweise der EU nähergebracht werden.

Zwei Monate nachdem die europäischen Staats- und Regierungschefs im November 2017 auf dem Gipfel in Göteborg über diese Themen diskutiert hatten, wurden die neuen Vorschläge vorgelegt. Sie zielen darauf ab, sozioökonomische Ungleichheiten zu verringern und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit zu fördern, um so ein geeinteres, stärkeres und demokratischeres Europa zu schaffen.

Konkret schlägt die Kommission drei Initiativen vor: (i) eine Empfehlung des Rates zu Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen ([in Englisch](#)), (ii) einen

Aktionsplan für digitale Bildung ([in Englisch](#)) und (iii) eine Empfehlung des Rates über gemeinsame Werte, inklusive Bildung und die europäische Dimension von Unterricht und Lehre ([in Englisch](#)).

Die Vorschläge werden auf dem ersten [Europäischen Bildungsgipfel](#) erörtert, der am 25. Jänner zum Thema „Schaffung der Grundlagen für einen europäischen Bildungsraum: Für eine innovative, inklusive und wertebasierte Bildung“ stattfinden wird.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Österreich klagt gegen Ausbau des ungarischen AKW Paks

Am 22. Jänner meldete das Umweltministerium, dass Österreich Klage gegen den beihilferechtlichen Beschluss der Europäischen Kommission betreffend den Bau zweier neuer Kernreaktoren in Paks (Paks II) einreichen wird.

Am 6. März 2017 hatte die [Kommission](#) verlautbart, dass sie die finanzielle Unterstützung Ungarns für Paks II nach den EU-Beihilfavorschriften genehmigt (siehe [Beihilfenregister](#)). Gegen diese Entscheidung der EU-Kommission wird die Bundesregierung eine Nichtigkeitsklage einbringen.

Konkret wird hinterfragt, ob die Förderung im gemeinsamen Interesse liegt. Nur in diesem Falle wäre die Förderung von Atomenergie rechtlich zulässig. Angesichts der Entscheidung einer Vielzahl von Mitgliedstaaten, keine Atomenergie zu produzieren

bzw. davon auszusteigen, erscheine die Förderung des Baus von Atomreaktoren fraglich.

Des Weiteren bezweifelt die Regierung ein von der Kommission anerkanntes Marktversagen. Nach Ansicht der Regierung könnte Ungarn den Energiebedarf auch aus anderen Quellen abdecken. Problematisch sei zudem, dass es kein formelles Vergabeverfahren für Paks II gegeben hat.

[Mehr Informationen](#)



Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Überarbeitung der Richtlinie 2000/14/EG über umweltbelastende Geräuschemissionen](#)

Umwelt

23 Januar 2018 - 18 April 2018

[Ergebnisse der Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums für den Zeitraum 2007–2013 – Ihre Stimme](#)

Landwirtschaft

22 Januar 2018 - 20 April 2018

[Öffentliche Konsultation zur Initiative der EU für Bestäuber](#)

Umwelt

11 Januar 2018 - 5 April 2018

[Öffentliche Konsultation zu EU-Fonds im Bereich Werte und Mobilität](#)

Verbraucherschutz, Kultur und Medien, Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, etc

10 Januar 2018 - 8 März 2018

[Öffentliche Konsultation zu EU-Fonds im Bereich der Kohäsion](#)

Regionalpolitik, Beschäftigung und Soziales, Soziale Inklusion, etc

10 Januar 2018 - 8 März 2018

[Öffentliche Konsultation zur Verstärkung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von durch Impfung vermeidbaren Krankheiten](#)

Gesundheit

21 Dezember 2017 - 15 März 2018

[Verbesserung der Sicherheit für Eisenbahnpassagiere](#)

Verkehrsthemen

8 Dezember 2017 - 16 Februar 2018

[Bewertung der EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel](#)

Klimaschutz, Landwirtschaft und Umwelt, etc.

7 Dezember 2017 - 1 März 2018

[Öffentliche Konsultation zu Arzneimitteln in der Umwelt](#)

Umwelt, Chemikalien, Öffentliche Gesundheit, Wasserressourcen, etc.

22 November 2017 - 21 Februar 2018



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Energie

Energie, Technologie, Erneuerbare Energie	Demonstrate highly performant renewable technologies for combined heat and power (CHP) generation and their integration in the EU's energy system	13.02.2018	€ 30.000.000
Erneuerbare Energie, CO2 Emissionen, Forschung und Innovation	Horizon Prize – Low Carbon Energy Inducement Prizes 2016 - Photovoltaics Meets History	26.09.2018	€ 750.000,00
Energie, neue Technologien, effiziente Nutzung von Wasser	Inducement prize: Zero Power Water Infrastructure Monitoring	11.09.2018	€ 2.000.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu
Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber
Patrick Raschner

Abbildungsverzeichnis

eigene Aufnahmen